

Haushaltsrede der **Erlanger Linke** vom 24.02.2011
(Eckart Wangerin)

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, verehrte Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren,

Zunächst möchte ich mich den Danksagungen meiner Vorrednerinnen und Vorredner an die Verwaltung der Stadt anschließen. Ich möchte aber in diesen Dank auch ausdrücklich die beiden Kinderbeauftragten einbeziehen, die kürzlich resigniert das Handtuch warfen, weil sie sich mit ihrer Statistenrolle nicht abfinden wollten. Dank auch an die vielen anderen Ehrenamtlichen, die unentgeltlich im Wohlfahrtsbereich und für die Heimatpflege tätig sind !

Von den Vorrednerinnen und Vorrednern haben wir einige bedeutsame Zahlen gehört, die auf große Sachkenntnis schließen lassen. Ihre Worte beinhalteten aber gelegentlich auch ein gehöriges Maß an Selbstbeweihräucherung, dem wir in summa nicht zustimmen können. Von einem detaillierten Kommentar möchte ich hier absehen, weil der zeitliche Rahmen hierfür nicht ausreichen würde.

Um es gleich vorwegzunehmen: Es ist offenkundig (und wohl auch Konsens unter allen hier im Stadtrat vertretenen Parteien und Wahlvereinen), daß die Haushaltsprobleme nicht von der Stadt allein gelöst werden können. Dies gilt vor allem, solange Subsidiarität“ nur so verstanden wird, daß die Kommune als kleinste Einheit die Sorgen und Nöte lösen muß, welche durch die oberen“Eliten“ von Politik und Wirtschaft verursacht werden. Nach dem Motto „Den letzten beißen die Hunde“ bekommen nun die Städte sämtliche Probleme aufgehalst , die die Regierung in Berlin samt den von ihr um Rat gefragten sogenannten “Wirtschaftsweisen“ zu verantworten hat - Probleme, die durch deren Handeln oder Nichthandeln verursacht wurden und die mit immensen Folgekosten verbunden sind, welche kommunalisiert auf die einzelnen Bürger umgelegt werden und letztendlich die am meisten belasten, deren Schultern am wenigsten tragfähig sind - Arbeitslose, Hartz IV-Empfänger, Kleinrentner, Familien und alle anderen Leute mit geringem Einkommen.

Gestatten Sie mir nun eine kurze Stellungnahme zu den Haushaltskonsolidierungsvorschlägen der von der Stadtratsmehrheit beauftragten Spar-Firma Rödl und Partner:

Wir sind nicht die einzigen, die der Meinung sind, daß sich die Stadt Erlangen die Kosten für die Beratung durch Rödl & Partner hätte sparen können. Was diese Firma unserer Ansicht nach besonders auszeichnet, ist vor allem ein Höchstmaß an Unsensibilität. Besonders auffällig erscheint uns da der überaus lockere Umgang mit dem, was seitens der Stadt bisher unter dem Begriff „soziale Verantwortung“ verstanden (und auch umgesetzt) wurde. Um nur zwei Beispiele zu nennen : Ob es sich um Ausbildungsplätze für Jugendliche handelt, die zu reduzieren man vorschlägt, oder um Mitarbeiter bei „Stadtgrün“, deren Zahl enorm eingeschränkt und deren Lohn beträchtlich gesenkt werden soll - im Umgang mit Arbeitnehmerrechten nähert sich diese “Rationalisierungsfirma“ dem, was man als grenzwertig betrachten darf – Im Hinblick auf das, was rechtlich zwar noch möglich, in sozialer Hinsicht aber schon als unzumutbar, wenn nicht gar als unanständig zu bezeichnen ist. Unserer Ansicht nach wären die untersuchten Ämter bei entsprechender Motivation auch

selbst imstande gewesen, akzeptable Lösungen zu finden. Ein gutes Beispiel für die Machbarkeit (unter Berücksichtigung einzuhaltender Grenzen) sind die Maßnahmen, die etwa Herr Cassens, der Leiter des Sachgebiets Stadtgrün, vor nicht allzu langer Zeit vorstellte.

Lassen Sie mich noch anmerken: Vorschläge besagter Firma, wie die, an den Schulen Hausmeisterstellen einzusparen, indem man Lehrkräfte zu Hausmeistertätigkeiten heranzieht, erinnern mich stark an Bräuche, die bis zum Untergang des Kaiserreichs, vor allem aber während des 19. Jahrhundert üblich waren. Lehrer unterstanden damals dem Ortsgeistlichen, für den sie - neben ihrer Tätigkeit als Schulhausmeister – zusätzlich Dienste als Meßner zu leisten hatten (u.a. mußten sie auch die Kirchenglocken instandhalten, Glockengestänge schmieren, Kirchenbänke säubern usw.) Vielleicht kann Rödl u. Partner dies ja als Anregung für künftige Vorschläge betrachten....

Es erübrigt sich, weitere Vorschläge zu kommentieren wie die, an den Kindertagesstätten Personal einzusparen oder gar rund ein Drittel der Erlanger Spielplätze stillzulegen....

Die Zukunft der Kommunalfinanzen aus Sicht der Erlanger Linke

Die Erlanger Linke stellt fest, dass ein ausgeglichener Haushalt der Stadt Erlangen aufgrund fortgesetzter Verletzung des Konnexitätsprinzip seitens des Bundes und des Freistaates Bayern nicht möglich ist. Die Stadt Erlangen leidet unter einer chronischen Unterfinanzierung der Pflichtaufgaben sowie der Abwälzung von Aufgaben des Landes auf die Kommune ohne ausreichende finanzielle Deckung. Es ist illusorisch anzunehmen, dass die Städte die Folgekosten der jahrelangen hohen Arbeitslosigkeit und des Gesundheitsverschleißes im Arbeitsleben allein tragen könnten. Es ist Aufgabe des Bundes sowie der Länder, die entsprechenden Rahmenbedingungen zu schaffen. Nicht zuletzt trägt nach unserem Verständnis auch die hier seit 14 Jahren regierende schwarz-gelbe Stadtratsmehrheit eben wegen ihrer Parteizugehörigkeit und der fehlenden Einflußnahme auf die mit Regierungsgewalt ausgestatteten jeweiligen Parteispitzen eine Mitverantwortung für die fehlende finanzielle Handlungsfähigkeit der Stadt Erlangen.

Die Kommunen brauchen genügend Geld, um ihre Aufgaben zu erfüllen. Kindertagesstätten und Schulen, der öffentlichen Nahverkehr und die Wasserversorgung, Kultur und Sport - das alles und noch viel mehr gehört in den Aufgabenbereich der Kommunen und muss finanziert werden.

Das Verhältnis zwischen Investitionen und Sozialausgaben hat sich im Verlauf der letzten Jahre stark zu Lasten der Investitionen verschoben. Die Ausgaben für soziale Leistungen sind von den Kommunen aufgrund gesetzlicher Vorgaben kaum beeinflussbar und damit unvermeidbar. Die meisten Kommunen haben einen erheblichen Investitionsstau: bei Schulgebäuden, der Kanalisation, dem kommunalen Wohnungsbestand. Die Finanzspritze aus dem Konjunkturprogramm II wirkt hier nur wie ein Tropfen auf dem heißen Stein, zumal die Kommunen noch einen Eigenanteil aufbringen müssen. Außerdem werden durch die Steuersenkungen die Einnahmen der Kommunen aus dem Steueraufkommen sinken.

Die Handlungsfähigkeit der kommunalen Selbstverwaltung wird somit immer weiter eingeengt. In einem Haushalt, der kein Geld mehr für die sogenannten freiwilligen Ausgaben - wie Kultur, Sport und Jugendarbeit (Bereiche also, deren Pflege eigentlich zu den Pflichtaufgaben des Bundes zählen müsste) - hat, geht der politische Handlungsspielraum gegen Null.

Wir setzen uns auf höherer Ebene für eine aufgabengerechte und angemessene Finanzierung der Kommunen ein. Wir wollen die Gewerbesteuerumlage von den Städten und Gemeinden an den Bund und die Länder abschaffen. Die Gewerbesteuer soll in eine Gemeindegewerbesteuer umgewandelt werden, in der Steuerpflicht für Kapitalgesellschaften, gewerbliche Unternehmen und alle selbstständig ausgeübten Tätigkeiten besteht. Die Grundsteuer muss als eine wichtige kommunale Einnahme erhalten und in Richtung einer ökologisch orientierten Flächennutzungssteuer ausgestaltet werden.

Auch wenn kurzfristig keine positiven Veränderungen zu erreichen sind, ist es dennoch erforderlich, darauf zu drängen, dass die Handlungsfähigkeit der Kommunen durch Bund und Land wieder hergestellt wird. In der derzeitigen prekären Situation werden wir wohl auch in einer relativ „reichen“ Stadt wie Erlangen nicht darum herumkommen, Maßnahmen durchzuführen, die teilweise als „Härte“ empfunden werden. Was schlagen wir nun vor, um wenigstens teilweise die Handlungsfähigkeit der kommunalen Selbstverwaltung zu erhalten?

Steuern und Abgaben

So fordern wir

.... in Abstimmung mit den anderen Großstädten der Metropolregion eine Erhöhung der Gewerbesteuer mindestens auf das Niveau des Hebesatzes von Nürnberg (447 % seit 1989)

....die Einführung einer Kulturabgabe in Höhe von 5% der Übernachtungspreise oder zumindest 1 Euro pauschal pro Übernachtung (nicht zuletzt deshalb, weil das Hotelgewerbe durch Senkung der Mehrwertsteuer von 19% auf 7% eine für uns absolut uneinsehbare Begünstigung erfahren hat)

....die Einführung einer Spielautomatensteuer (die sicherlich auch einen gewissen erzieherischen Wert hätte)

....die progressive Kürzung der Fraktionszuschüsse, beginnend mit 10% (Motto: Mit gutem Beispiel vorangehen)

.....Streichung der Mittel für das Gewerbegebiet G6 (dessen Einrichtung wir aus guten Gründen ablehnen)

... . Streichung der Rückstellungen für den Kosbacher Damm (dessen Bau wir ebenfalls ablehnen)

..... grundsätzliche Streichung pauschaler Ansätze für den Strassenbau. Hier sollten ausschließlich projektbezogene Anträge gestellt werden (nicht nachvollziehbare An-

sätze erscheinen momentan kaum sinnvoll)

..... Gebührenerhebung für Google Street –View-Fahrten (etwa - wie in Bergisch-Gladbach - in Höhe von 100€/km,)

Personalpolitik

Stellenabbau lehnen wir grundsätzlich ab, denn unserer Ansicht nach besteht im Gegenteil nach wie vor Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften, um die bestehende Arbeitsüberlastung mit den entsprechenden Folgen für Bürgerinnen/Bürger und Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter zu kompensieren (Wiederbesetzungssperren empfinden wir zwar als schmerzlich, es tröstet uns aber, daß sie vorerst nur befristet sind...)

.....die Rekommunalisierung bereits bestehender privatisierter Dienstleistungen.

Verwaltung

...Nach dem (bevorstehenden) Abgang des ersten Bürgermeisters (BM I) die Streichung der zweiten Bürgermeisterstelle (BM II)

Gestatten Sie mir noch als Schlußbemerkung :

Die eigentlichen Verursacher der "Krise", die den Zustand unserer leeren Kassen herbeigeführt haben, finden in den Statements der Regierung kaum mehr Erwähnung – niemand traut sich die verantwortlichen Banken und Politiker zur Verantwortung zu ziehen (Dazu ist wohl auch deren Lobby viel zu stark). So zeichnet sich nirgendwo auch nur der Versuch einer gerechten Verteilung der entstandenen Lasten ab und wieder einmal werden die Sozialausgaben in Sachen Haushaltskonsolidierung herangezogen – nach dem Motto „Die kommunale Daseinsfürsorge wird es schon richten....“ (Geradezu beschämend ist ja in diesem Zusammenhang die angekündigte Erhöhung der Hartz IV-Beträge um lächerliche 5,- €/ ab 2012 dann 8.- Euro)

Herr Vierheilig hat uns gestern (SGA) schon einen kleinen Vorgeschmack davon gegeben, was auf sein Amt und die von ihm abhängigen "Schützlinge" demnächst zukommen wird.

Als Fraktion der Erlanger Linke werden wir - wie bisher so auch künftig - bei allen anfallenden Stadtratsentscheidungen unser besonderes Augenmerk darauf richten, daß auch den benachteiligten Bürgern unserer Stadt - und darunter verstehen wir neben den erwähnten Beziehern von Kleinstehneinkommen auch Behinderte, Asylanten, Obdachlose u.a. – Gerechtigkeit widerfährt.

Ich danke Ihnen fürs Zuhören